

## Erweiterte Präsidiumskonferenz

Die Bayerischen Marktkaufleute und Schausteller trafen sich zu ihrer erweiterten Präsidiumskonferenz in München

Eines der Themen war die Forderung von Veranstaltern nach BIO auf Volksfesten. Es hat sich in den letzten Jahren, unter anderem auf dem Münchner Oktoberfest herauskristalliert, dass BIO nicht die Lösung ist. Präsident Bradac konnte hier aus eigenen Erfahrungen aus dem Bereich der glasierten und schokolierten Früchte berichten. Dass dieses keine Einzelerfahrung ist, wird sich nach der Gesamtauswertung einer schriftlichen Umfrage am Christkindmarkt Nürnberg auch nachweisen. Hier ist das bisherige Ergebnis so, dass BIO das wirtschaftliche Ergebnis nicht nur schmälert, sondern durch die weiteren, bürokratischen Anforderungen sogar verschlechtert. Das endgültige Ergebnis will Bezirksstellenleiter Bernhard in Kürze veröffentlichen. Zwischenzeitlich wurde von verschiedenen Verbänden und natürlichen Personen der Heimatpakt gegründet, der unter anderem auch das Thema BIO kontra Regional und nachhaltig behandelt.

Eine weitere Sorge, die Präsident Bradac hat, ist die Ausweitung der Maut für Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen. Diese Änderung ist gerade für die Marktkaufleute eine weitere finanzielle Bedrohung. Wie es die Diskussion auf der Präsidiumskonferenz spiegelte, steht die älteste Branche des Handels vor einem unaufhaltsamen Wandel. Nicht nur das Internet, das auch den örtlichen Handel immer mehr ins Hintertreffen schiebt, sondern auch die immer weiter schrumpfende Anzahl der Händler macht sich bemerkbar. Da hier immer mehr Stammbesucher wegfallen, werden viele Märkte von deren Veranstaltern abgesagt. Der Trend, dass man auf Märkten die Platzgelder immer höherschraubt und auch noch die weiteren Anforderungen und Auflagen führen auf direkten Weg in eine Sackgasse. Der Jugend von den Marktkaufleuten fehlt der Anreiz und der nötige Mut, sich gegen die steigende Inflation und der immer weiter steigenden und erdrückenden Bürokratie zu erwehren.

Aber auch die reisende Festgastronomie leidet unter dem Druck der Bürokratie und den finanziellen Forderungen. So wurde die kostenintensive Gestattungspflicht für eine kurze Zeit im Rahmen der Gleichbrechtigung in eine Anzeigenpflicht gewandelt. Am 31. Oktober 2021 wurde diese Anzeigenpflicht, für alle überraschend, wieder zur Gestattung. Die bisherige Unterstützung aus der Politik verfehlte ihr Ziel. Auch das Versprechen des Ministerpräsidenten anlässlich der Landesdelegiertenkonferenz im Januar 2023, dass die Anzeigenpflicht wieder eingeführt wird, wurde bisher nicht eingelöst. Vizepräsident Bernhard wies darauf hin, dass Kommunen unterschiedliche Beiträge in ihren Bescheiden ausloben. Ein Schreiben von Staatsminister Hubert Aiwanger an die Kommunen, dass die Bescheide bis maximal 30 Euro ausgestellt werden sollen, wird zum größten Teil nicht beachtet. Nun steht noch ein weiteres Versprechen aus der Staatskanzlei an, dass man nun ein bayerisches Gaststättengesetz erlässt, in dem Marktkaufleute und Schausteller wieder eine Würdigung erfahren sollen. Hier bleibt der BLV



am Ball und wird immer wieder an die beiden Versprechen erinnern, denn auch der Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat erst kürzlich in einer Rede bestätigt, dass Versprechen eingehalten werden müssen.

Nach der Pandemie stiegen nicht nur die Energiekosten, sondern auch alle anderen Kosten die Marktkaufleute und Schausteller aufbringen müssen. Als Beispiel führten Bezirksstellenleiter Jürgen Wild und sein Kassier Luigi Particolare die Forderung der Stadt Erlangen an. Hier wurde seitens der Stadt ein nach Geschäftsart gestaffeltes Platzgeld zwischen 15 und 45 Prozent in den Raum gestellt. Angeführt wurde seitens der Stadtverwaltung, dass die Maßnahmen zur Sicherheit durch den Rettungsdienst und Sicherheitsdienst immens angestiegen waren. Particolare konnte hier auch auf Kosten verweisen, die auch günstiger zu erhalten gewesen wären. So wurde ein vierachsiger Lkw am Bergeingang von 23 bis 1 Uhr aufgestellt, was mit 11.000 Euro zu Buche schlug. Der gemeinsamen Verbandsarbeit ist es hier zu verdanken, dass die Erhöhung für die nächsten zwei Jahre bei 20 Prozent eingependelt wurde.

Die Kostenspirale ist hier noch nicht zu Ende. Die Bezirksstellenleiter Stefan Wentzl und Jürgen Wild und der direkt betroffene Particolare konnten noch über die Änderung bei den Genehmigungen von Schwertransporten berichten. Jahrelang wurden diese Transporte über eine Jahresgenehmigung genehmigt. Nun wird dieses digital verlangt. Bei dieser Antragsstellung wird nicht auf die Eigenheiten von Schaustellertransporten eingegangen. In München wird neben der Streckenehmigung von der Stadt noch eine zusätzliche Sondernutzung erhoben. Von Sachbearbeitern in Fürth werden z. B. für den Transport eines Mittelbauanhängers eines Autoskooters vier BF4-Begleitfahrzeuge angeordnet. Das führte bereits 2023 dazu, dass auf Vor-

ortskirchweihen kein Autoscooter mehr aufgestellt wurde. Auch sind die Genehmigungszeiträume nicht an den realen Bedürfnissen des Schaustellergewerbes angepasst. Ein Beispiel war auch, dass ein Schaustellerbetrieb am Mittwoch abbaute, aber die Fahrgenehmigung am Dienstag noch nicht vorlag. Das bei einem Transport von der Fürther Kirchweih zum Heimatstandort Fürth/Sack.

Wie unterschiedlich die Wahrnehmung – gerade in den neuen sozialen Medien – ist konnte man einem Redebeitrag entnehmen. Hier wurde ein geschützter Mitgliederzugang gefordert, um Informationen nicht der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Während des Vortrags konnten sich die im Saal Anwesenden davon überzeugen, dass dieser Zugang existiert. Es stellt sich die Frage, war die Vorbereitung zu dieser Rede durch eine ungenügende Recherche hinterlegt oder war es einfach die Schwierigkeit mancher Menschen mit dem Umgang mit den neuen Medien. Dieses war nur ein Beispiel aus der Rede, die aber aufmerksame Teilnehmer, zeitgleich auf der Leinwand als Irrtum, da hier die Seite der Homepage aufgerufen war, sehen konnten.

Auch im Verbandsleben ist es mit dem Nachwuchs schwierig. Deshalb war es für Wild eine große Ehre, dass er gleich vier fränkische Bezirksstellen mit einer jungen und dynamischen Vorstandschaft benennen konnte. Bamberg hat sich in den letzten Jahren mit ihrer neuen, jungen Vorstandschaft unter Georg Fischer jun. bestens bewährt und gute Kontakte, vor allem ins Rathaus und der Verwaltung, aufgebaut. Auch in Fürth ist nun unter Stefan Wentzl eine junge Vorstandschaft dabei, die bereits bestehenden Kontakte weiter aufzubauen. In Erlangen wurde die Vorstandschaft mit einem jungen Mitglied, als zweiter Stellvertreter, besetzt. Auch der Posten des Kassiers ging an jüngere Hände. Die vierte Bezirksstelle ist Nürnberg, die auch einige Positionen mit jungen Mitgliedern besetzen konnte.

Während der erweiterten Präsidiumskonferenz wurde es immer deutlicher, dass 2023 viele Marktkaufleute und Schausteller fehlten. Der Markthandel leidet hier stärker als die Volksfeste, denn hier werden, durch den Verlust von Markthändlern, auch immer mehr Märkte komplett abgesagt. In Schwabach konnte Vizepräsident Bernhard eine solche Absage verhindern. Hier wurde erreicht, dass der Markt mit in das Kirchweihgelände eingebunden wurde. Bei seinen Gesprächen mit den Marktkaufleuten und Schaustellern konnte er eine Befruchtung der Veranstaltung feststellen.

**Der BLV dankt auf diesem Weg allen ehrenamtlichen Vorständen, Kassierern und Schriftführern der Bezirksstellen für ihre geleistete Arbeit, die sie kollektiv für alle Marktkaufleute und Schausteller leisten.**



Vizepräsident Eckl



Vizepräsident Rheinhardt

BLV-Pressestelle: JW/Foto ■